angemerkt

Jochen Zenthöfer

Die Karriere der SED-Juristin Rosemarie Will Früher Propagandafunktionärin, heute Verfassungsrichterin

Weiblich, originär ostdeutsch, Jurastudium, Berlinerin und SPD-Mitglied - während der Koalitionsverhandlungen in der Hauptstadt suchte Klaus Wowereit händeringend eine Iustizsenatorin. Viele Kandidatinnen standen nicht zur Auswahl; vielmehr erfüllte nur eine das detaillierte Anforderungsprofil: Rosemarie Will, letzte Juraprofessorin aus DDR-Zeiten an der Humboldt-Universität und Verfassungsrichterin in Brandenburg. Doch in letzter Minute verhinderte die Ost-Berliner SPD-Basis ihre Nominierung. Grund: Rosemarie Will sei zu sehr im SED-Staat protegiert worden. In der Tat kann die im Wendejahr erst Vierzigjährige auf eine steile Karriere im roten Regime zurückblicken. Eine Karriere, die nach der Wende weiterging, als Will von der SED zur SPD

gewechselt war. Erfreut über die junge ostdeutsche Akademikerin hatten sich die Sozialdemokraten nicht sehr für die Vergangenheit ihrer neuen Genossin interessiert.

Harsche Kritik

Bereits 1996 zeigte sich die Brandenburger SPD über die harschen Reaktionen überrascht, nachdem sie Will für das Amt der Richterin am Landesverfassungsgericht vorgeschlagen hatte. Die Mitbegründerin der Ost-SPD Angelika Barbe meinte damals: "Es hat den Anschein, als würden die Genossen frei nach der Devise handeln, nur wer dem DDR-Regime loyal diente, wer die renitenten Bürgerrechtler bekämpfte, könne die freiheitlich demokratische Grundordnung richtig verstehen und auslegen."

Auch Bündnis 90/Die Grünen sahen das Ansehen des höchsten Gerichts durch Rosemarie Will beschädigt. Angela Merkel sprach von einer Beleidigung für den Rechtsstaat. Doch von der fatalen Vergangenheit ihrer Kandidatin wollte die SPD nichts wissen. Gemeinsam mit den Stimmen der PDS wurde Rosemarie Will gewählt.

Bei der PDS war die "rote Rosi" seit 1968 bestens bekannt. Im Jahr des Prager Frühlings, in dem sich der Student Jan Palach aus Protest gegen die kommunistische Diktatur auf dem Wenzelsplatz verbrennt, tritt die damals noch unverheiratete Studentin Rosemarie Flick in die SED ein. Als 1976 Wolf Biermann ausgebürgert wird, steigt Flick zur FDJ-Sekretärin auf. Später agiert sie als Propagandafunktionärin der FDJ-Grundorganisation an der Humboldt-Universität. Als Mitglied der dortigen Kampfgruppe marschiert sie auf dem hinteren Uni-Hof herum und veranstaltet Appelle.

Während ein Jahr später in Prag mutige Bürger die Charta 77 veröffentlichen, schreibt sie gemeinsam mit ihrem Mann Hans-Jürgen Will an einer Promotion. Titel: "Studie zum Kampf der Arbeiter-

klasse um soziale Grundrechte im Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der BRD." Auf der ersten Seite ist zu lesen: "Die Verwirklichung der sozialen Grundrechte in den sozialistischen Staaten beweist in praxi, dass die Rechte auf Arbeit, Bildung, Mitbestimmung nur im Sozialismus, nur durch die völlige Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unter Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voll revidierbar sind und die grundlegende Stellung der Persönlichkeit bestimmen." Wenige Seiten später wird deutlich, wofür Rosemarie Will steht: "Das Proletariat muss, um sein eigenes Klassenbewusstsein verwirklichen zu können, für die Überwindung des Kapitalismus kämpfen." Über das Programm der westdeutschen CDU ist zu lesen: "Vielmehr legt das Programm insgesamt ein Bekenntnis zur so genannten Sozialen Marktwirtschaft ab, das heißt zur Krisenwirtschaft des Imperialismus."

Keine Reformerin

Heute wird bisweilen behauptet, Rosemarie Will habe zu den Reformkräften der SED gehört. Als Beleg wird ihr Engagement im "Interdisziplinären Projekt Sozialismus"

angeführt. Freilich brütete dieser "Reformkreis" vor allem Reformkonzepte für die SED aus. Denn am Überleben ihrer Partei hatte Rosemarie Will ein fundamentales Interesse: Im September 1989 wird sie zur ordentlichen Professorin für Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität ernannt. Bis zuletzt unterrichtet sie das "Recht" des verbrecherischen DDR-Regimes. So verwundert es nicht, dass sie auch nach dem Mauerfall, im Dezember 1989, Delegierte auf einem außerordentlichen Parteitag der SED wurde. Doch als es mit der SED/PDS bergab geht, verlässt sie die Partei. 1993 tritt sie in die SPD ein. Inzwischen arbeitet sie als Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht. In Karlsruhe wird jemand gebraucht, der den Richtern die DDR erklärt – unverzichtbar bei einer ganzen Flut von Fällen zu Bodenreform, Mauerschützen. Genossenschaftswesen und so weiter

Rosemarie Will scheint sich im neuen System zu bewähren. Freilich war ihr das Grundgesetz samt der Kommentarliteratur schon zu DDR-Zeiten bekannt: Als eine der wenigen stand ihr der "Giftschrank" zu westdeutschen Verfassungswerken offen. Während sie zu DDR-Zeiten zum Schluss

kommt, dass Grundgesetz und Marktwirtschaft Ursache allen Übels seien. legt sie nach 1990 die Verfassungsartikel munter aus und verzichtet in Vorlesungen auf ihre alten Parolen. Der Welt ist die neue Rosemarie Will noch 1995 nicht geheuer: "Selbst wenn sich Frau Will nachweislich geläutert hätte, sollte der Posten eines Verfassungshüters für eine einst ausgewiesene Verfassungsfeindin wie sie so selbstverständlich tabu sein wie das Amt des Bundespräsidenten für den ehemaligen SED-Generalsekretär Egon Krenz."

So ist es nicht verwunderlich, dass Rosemarie Will noch 1995 das Buch Rechtswissenschaft in der DDR – Was wird von ihr bleiben? herausgibt. Konrad Weiß kommentierte dazu: "Eine merkwürdige Frage. Um sie zu beantworten, muss man kein Buch schreiben, da gibt es nur eine Antwort: hoffentlich nichts."

Gnadenlose Positivistin

Fragt man Rosemarie Will nach dem Verlauf ihrer akademischen Karriere, gibt sie Antworten wie: "Ein Jurist ist ein Jurist – egal in welchem System." Ist sie dank dieser gnadenlos rechtspositivistischen Haltung, die auch die Juristen des Nationalsozia-

lismus nach 1945 an den Tag legten, im freiheitlichen Verfassungsstaat angekommen? Wohl nicht. So schreibt Dieter Schröder am 29. September 1996 in der Berliner Zeitung: "[Rosemarie Will] lässt die Überzeugung gelten, dass das Gebäude DDR, ,habe es auch seine Mängel und Schwierigkeiten, doch das bessere Deutschland sei'. [...] Sie wirft dem westlichen Verfassungsstaat vor, dass ihm universalistische moderne Verfassungsprinzipien fehlen." Folglich ist das Denken der Rosemarie Will, die "als zur intellektuellen Elite der SED gehörend galt" (Konrad Weiß), bis heute von ihren

marxistisch-leninistischen Studien in Berlin sowie in der Sowjetunion geprägt. Als Berliner Justizsenatorin ist sie damit auch in den Augen ihrer eigenen Genossen untragbar.

Doch Rosemarie Will wird weiterhin junge Menschen an der Humboldt-Universität die Grundzüge des Staatsund Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland lehren. Diese Studenten stellten ihr zur Evaluation im Wintersemester 2000/01 das denkbar schlechteste Zeugnis aus. Von allen Dozenten der Fakultät landete sie auf dem letzten Platz. Die Studierenden bemängelten in einer

Fachschaftszeitung die Unverständlichkeit und Unstrukturiertheit der Vorlesung: "Frau Will erklärt umständlich und hektisch, was es vielen Studenten schwer macht, ihr zu folgen."

Die Fähigkeiten, die Rosemarie Will als Propagandafunktionärin der FDI erworben haben sollte, vermag sie bis heute nicht zur Darstellung unserer freiheitlichen Ordnung einzusetzen. Dabei hätte es keine andere Ordnung erlaubt, eine einst erbitterte Verfassungsfeindin zur Staatsrechtslehrerin und Verfassungsrichterin zu berufen erst recht nicht die DDR-Verfassung.

Früher an später denken – erfolgreich im neuen Jahrtausend!



Bis zum Jahr 2006 fehlen in Deutschland rund 200.000 Vermögensberater. Studien belegen: Vermögensberatung ist die Nr. 1. Kein Beruf bietet mehr Perspektiven, in keiner Branche gibt es mehr Chancen. So ist der Beratungsbedarf in Sachen Riester-Rente gigantisch. Vergessen Sie alles, was Sie über Aufstieg, Karriere und beruflichen Erfolg wissen. Gehen Sie jetzt auf die Überholspur, und werden Sie Vermögensberater bei der Deutschen Vermögensberatung AG. Wir sind der weltweit größte eigenständige Finanzvertrieb. Unsere mehr als 25.000 Vermögensberater betreuen über 3,5 Millionen Kunden, wenn es um Versicherungen, Bankdienstleistungen und Bausparen geht. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Partnerschaft mit Ihnen. Schreiben Sie uns!

Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft Münchener Straße 1 D-60329 Frankfurt am Main

Telefon (069) 23 840 Telefax (069) 23 84–185 www.dvag.de

